



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 30.05.2025

Vorschau auf die Sitzung des Kantonsrates vom Montag, 2. Juni 2025

Fokusthema: Energie und Ökologie

Der Kantonsrat wird sich am Montag mit verschiedenen Themen befassen, die der Baudirektion zugeordnet sind. Dazu gehört die umstrittene Gesetzesänderung, mit der die Elektrizitätswerke (EKZ) auf die Klimaziele und die Versorgungssicherheit verpflichtet werden sollen. Anschliessend ist eine Reihe parlamentarischer Initiativen traktandiert. Hier geht es darum, ob diese zur weiteren Behandlung an eine Kommission überwiesen oder nicht mehr weiterverfolgt werden.

Bauen und Ortsbildschutz, Vorgaben für den Strickhof und die Elektrizitätswerke Zürich

Als erstes Sachgeschäft ist die Änderung der Kantonalen Natur- und Heimatschutzverordnung traktandiert. Neu soll es möglich sein, das Bewilligungsverfahren für Bauvorhaben im Bereich von schutzwürdigen Ortsbildern an Gemeinden zu delegieren. Davon verspricht sich der Regierungsrat eine Entlastung des kantonalen Amtes für Raumentwicklung und eine Verkürzung der Verfahrensdauer. Die vorberatende Kommission beantragt einstimmig, die Änderung der Verordnung zu genehmigen ([6002](#)). Formsache dürfte anschliessend auch die Verabschiedung einer Änderung des Landwirtschaftsgesetzes sein. Demnach soll der kantonale Ausbildungs- und Versuchsbetrieb Strickhof dazu beitragen, die Umweltziele des Bundes für die Landwirtschaft zu erreichen. In der zweiten Lesung geht es nur mehr um redaktionelle Korrekturen im Entwurf ([KR-Nr. 237/2021](#)). Auch die Änderung des Gesetzes zu den Elektrizitätswerken Zürich (EKZ) geht in die zweite Lesung. Hier steht aber nicht nur die redaktionelle Bereinigung zur Debatte, sondern auch ein inhaltlicher Antrag aus den Reihen der Grünliberalen. Sie wollen auf den neuen aus dem Gewinn geäufteten Fonds verzichten, mit dem die EKZ die Energiewende und die Klimaziele unterstützen sollen. Die EKZ, die mit dieser Gesetzesänderung ausdrücklich dazu verpflichtet werden, zur Erreichung der Klimaziele beizutragen, könnten die entsprechenden Massnahmen auch ohne diesen Fonds ergreifen, argumentiert der Antragsteller Daniel Rensch. In der ersten Lesung hatte sich eine knappe Mehrheit des Rates hinter das geplante Gesetz und den neuen Fonds gestellt ([KR-Nr. 255/2021](#)).

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederwenigen), 079 946 52 15

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Daniel Rensch (GLP, Zürich), 079 342 35 19

Virtueller Kantonsrat

Anschliessend ist ein Antrag der Geschäftsleitung angesetzt. Sie beantragt, einen Vorstoss von SP, Grünen und Mitte zum «virtuellen Kantonsrat» als erledigt abzuschreiben. Die drei Parteien hatten im ersten Corona-Jahr 2020 eine Strategie verlangt, wie der Kantonsrat auch virtuell tagen kann. Die Geschäftsleitung hat inzwischen aufgrund der Erfahrungen mit der Pandemie rechtliche Anpassungen entworfen und dem Regierungsrat unterbreitet. Die Anliegen der Postulanten seien darin teilweise eingeflossen. Unter anderem soll die Geschäftsleitung in Krisenzeiten Massnahmen treffen können, die virtuelle Zusammenkünfte ermöglichen ([KR-Nr. 115/2020](#)).

GL-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Initiativen zu Beiträgen für die Religionsgemeinschaften

Im Anschluss wird sich der Rat voraussichtlich noch mit einer Reihe parlamentarischer Initiativen befassen. Er entscheidet, ob die Initiativen weiterverfolgt und an eine Kommission überwiesen werden. Dazu sind mindestens 60 Stimmen nötig. Die ersten drei Initiativen sind gemeinsame Vorschläge von SVP und FDP für Änderungen im Kirchengesetz. Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel verlangt, dass die staatlichen Beiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften für Tätigkeiten zugunsten der ganzen Gesellschaft nicht an unabhängige Dritte, beispielsweise NGO, weitergegeben werden dürfen ([KR-Nr. 50/2025](#)). Um Transparenz geht es FDP-Kantonsrat Mario Senn. Gemäss seinem Vorschlag soll die Finanzierung von Organisationen und Programmen nur gestattet sein, wenn auf die Herkunft der Mittel als kantonale Beiträge hingewiesen wird ([KR-Nr. 51/2025](#)). Und schliesslich fordert erneut Christina Zurfluh Fraefel, dass der Rahmenkredit für die Religionsgemeinschaften neu auf eine Vierjahresperiode statt auf sechs Jahre ausgerichtet werden soll ([KR-Nr. 52/2025](#)).

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 385 51 84

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04

Amtszeitbeschränkung für den Regierungsrat und Schulisches

Von links kommt die Forderung nach einer Amtszeitbeschränkung für den Regierungsrat. SP-Kantonsrat Rafael Mörgeli schlägt mit Unterstützung der AL die Formulierung vor, dass nach zwölf Amtsjahren eine Wiederwahl nicht mehr zulässig ist ([KR-Nr. 82/2025](#)). Zwei weitere Initiativen der SP betreffen die Schulen. Mit der ersten verlangt Carmen Marty Fässler, dass die Gemeinden unentgeltlich betreute Aufgabenstunden und individuelle Lernzeit anbieten ([KR-Nr. 107/2025](#)). Und Kantonsrätin Sibylle Jüttner will ins Mittelschulgesetz schreiben, dass der Kanton Lehrmittel bis zur Vollendung der obligatorischen Schulzeit unentgeltlich zur Verfügung stellt ([KR-Nr. 108/2025](#)).

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa), 077 428 98 30

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 043 377 05 38

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolgerin von Hanspeter Göldi wird die 56-jährige Heilpädagogin Manuela Tremonte (SP, Hombrechtikon) ihr Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 161/2025). Tremonte ist auch nominiert, Göldis Sitz in der Aufsichtskommission für die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) zu übernehmen. Diese Wahl findet gleich im Anschluss statt.

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Frank Sieber, stv. Medienbeauftragter, 078 835 56 55

Parlamentdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich

Telefon: 043 259 20 37 – frank.sieber@pd.zh.ch